

Titel ...And Justice for All!

AntragstellerInnen Landesvorstand

Zur Weiterleitung an SPD-Landtagsfraktion

angenommen

geändert angenommen

abgelehnt

...And Justice for All!

- 1 Lehren aus den Ausschreitungen von Stuttgart und Forderungen zur Reform des Poli-
2 zeigesetzes
- 3 Es bleiben Fragezeichen: Nach den Ausschreitungen und Plünderungen vom 20. auf den
4 21. Juni 2020 war Stuttgart-Mitte kaum wiederzuerkennen. Schon in den vorherigen Wo-
5 chen war es immer wieder zu Konflikten im Bereich des Schloßplatzes gekommen, in
6 dieser Nacht aber eskalierte die Situation: Ausgangspunkt soll eine Drogenkontrolle der
7 Polizei gegenüber einem 17-jährigen gewesen sein, woraufhin sich mehrere hundert
8 Personen mit diesem solidarisierten und gegen die Polizist*innen stellten. In den dar-
9 auffolgenden Stunden zogen randalierende Gruppen durch die Innenstadt - rund 40
10 Geschäfte wurden dabei beschädigt und geplündert, 32 Polizist*innen und einige wei-
11 tere Personen verletzt, zudem Rettungskräfte behindert und angegriffen. Erst in den
12 frühen Morgenstunden beruhigte sich die Lage. Noch laufen die Ermittlungen. Für uns
13 ist klar: Die begangenen Straftaten müssen lückenlos aufgeklärt werden.
- 14 Im Rahmen einer Sitzung des Stuttgarter Gemeinderats sprach der örtliche Polizeiprä-
15 sident Franz Lutz von „bundesweiten Recherchen bei Landesämtern, um den Migra-
16 tionshintergrund (einzelner Tatverdächtiger) festzustellen“. Im Anschluss flammte eine
17 Debatte auf, ob Lutz in diesem Zusammenhang den Begriff „Stammbaumrecherche“
18 verwendet habe, denn so stellte es ein Grünen-Stadtrat auf Facebook dar.
- 19 Doch die Diskussion, ob die Formulierung „Stammbaumforschung“ nun fiel oder nicht,
20 führt am eigentlichen Kernproblem vorbei: Genauso wie struktureller Rassismus in un-
21 serer Gesellschaft existiert, kann sich auch unsere Polizei nicht davon freisagen. Raci-
22 al Profiling, NSU 2.0 und rechtsextremistische Chatgruppen unter Polizeischüler*innen
23 sind nur einige Beispiele für Rassismus und Rechtsextremismus innerhalb unserer Si-
24 cherheitsbehörden. Das ist nicht erst klar, seit zuletzt die Black-Lives-Matter Bewegung
25 auch in Deutschland wieder erfolgreich darauf aufmerksam gemacht hat.

26 Wir Jusos Baden-Württemberg fordern deshalb entschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung
27 von institutionalisiertem Rassismus in unseren Sicherheitsbehörden. Darunter fallen
28 konkret: •Die Unterstützung des Vorschlags des niedersächsischen Innenministers
29 Boris Pistorius, eine wissenschaftliche Studie zu rassistischen Haltungen innerhalb der
30 Polizei in Auftrag zu geben - notfalls ohne die Zustimmung des Bundesinnenministeriums
31 als Initiative der Länder. Die SPD-Landtagsfraktion soll die Landesregierung dazu
32 auffordern, sich dem anzuschließen. •Die systematische und unabhängige Untersuchung
33 von entsprechenden Vorwürfen gegen Beamte. Hierfür soll auf Landesebene eine
34 Aufklärungs- und Beschwerdestelle für Konflikte innerhalb und mit Polizeibehörden
35 eingerichtet werden. •Die Stärkung von Grund- sowie Menschenrechtsbildung in der Aus-
36 und insbesondere der regelmäßigen Fortbildung von Polizist*innen.

37 Denn in unserer Demokratie ist unverrückbar: Alle Menschen sind vor dem Gesetz
38 gleich. Die Nationalität der Eltern oder Großeltern, das Aussehen oder die Sprache dürfen
39 dabei niemals eine Rolle spielen!

40 Doch auch unabhängig von diesen offenen Problemen, ist die Polizei aktuell wieder groß
41 im öffentlichen Diskurs. Bereits zum zweiten Mal in der laufenden Legislaturperiode
42 will die grün-schwarze Landesregierung das Polizeigesetz reformieren. 2017 sprach der
43 baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann bereits davon an die
44 Grenze des verfassungsrechtlich möglichen gehen zu wollen. Die Klage vor dem Bundes-
45 verfassungsgericht, ob diese Grenze bereits damals überschritten wurde, läuft noch,
46 aber schon wieder soll die Polizei noch mehr Befugnisse erhalten. Als Jusos Baden-
47 Württemberg fordern wir die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich deutlich gegen die
48 erneute teils verfassungsrechtlich bedenkliche Reform des Polizeigesetzes zu positionieren.
49 Hierzu zählen aus unserer Sicht:

- 50 • Die Kontrolle und Durchsuchung von Personen auf Großveranstaltungen ohne
51 Anlass.
- 52 • Die schnellere und einfachere Möglichkeit zur Überwachung von Menschen, die
53 möglicherweise eine Straftat begehen könnten.
- 54 • Die Ausweitung des Einsatzes von Bodycams auf Wohnungen.
- 55 • Ergänzend plädieren wir für die Umsetzung der Kennzeichnungspflicht für Poli-
56 zist*innen.
- 57 • Nicht zuletzt lehnen wir die Einführung von Alkoholverboten und Sperrstunden
58 auf öffentlichen Plätzen genauso wie die Wiedereinführung des Alkoholverkaufs-
59 verbots in Baden-Württemberg entschieden ab.

60 *Begründung*

61 Erfolgt Mündlich